

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königl. Bezirksgerichts und des Rathes der Stadt Leipzig.

Nº 164.

Mittwoch den 13. Juni.

1866.

Bekanntmachung.

Mit Rücksicht auf einen neuerdings vorgelkommenen beklagenswerten Unfall verfügen wir, daß in Zukunft Privetgruben vor deren jedesmaliger Räumung, resp. größere Privetgruben überdem noch während deren Räumung in geeigneter Weise zu desinfizieren sind.

Uns zur Kenntnis kommende Unterlassungen dieser Verfügung werden unnachlässlich zur Bestrafung gezogen werden.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Dr. E. Stephani.

Leipzig, den 8. Juni 1866.

Bekanntmachung.

Die erste Etage des vormaligen Hauptsteueramtsgebäudes, Gerberstraße Nr. 2, aus 3 Vorsälen, 1 großen parquierten Saal, 8 Stuben (davon 3 parquetirt), 8 Kammern und sonstigem Zubehör bestehend, nebst großem Garten mit Gartensalon am Waageplatz soll vom 1. October d. J. an auf 6 Jahre an den Meistbietenden vermietet werden.

Wir fordern Miethlustige auf sich Donnerstag den 14. d. J. Vormittags 11 Uhr an Rathsstelle einzufinden und ihre Gebote zu thun. Die Auswahl unter den Bietern und jede sonstige Entschließung wird dem Rath vorbehalten.

Die Licitations- und Vermietungsbedingungen sowie das Inventar der zu vermietenden Wohnung können an Rathsstelle eingesehen werden. — Leipzig, den 5. Juni 1866.

Des Rathes Finanz-Deputation.

Politische Uebersicht.

* Leipzig, 12. Juni. Aller Blicke sind nach Holstein gerichtet. Am Sonntag (10. Juni) traf Herr von Manteuffel in Itzehoe ein, wo bereits einige der früheren Ständemitglieder anwesend waren. Von Altona (11. Juni) früh wird telegraphirt: Die telegraphische Verbindung mit Altona ist abgeschnitten. Etwa 30 Ständeabgeordnete beschlossen gestern, heute Mittag zu versuchen, in den Ständesaal zu gelangen. Mitternachts verhaftete Hauptmann Gotberg den Commissar Lesser, welcher nach Rendsburg transportirt wurde. Civiladlatus v. Hoffmann verließ Nachts Itzehoe, um den Statthalter v. Gablenz zu benachrichtigen.

Am Sonntag hatte Herr von Manteuffel eine Proclamation an die Einwohner Holsteins erlassen. Derselbe erkennt das ruhige, besonnene Verhalten, welches die Einwohner Holsteins ausnahmelos beim Einmarsch der preußischen Truppen diesen gegenüber an den Tag gelegt haben, an, befiehlt die Schließung sämtlicher politischer Vereine, suspendirt das Erscheinen derjenigen politischen Blätter, die seither ohne Concession herausgegeben worden, bis zu ihrer Herausgabe die gesetzlich vorgeschriebene Concession eingeholt und erhält sein wird. Die durch Bekanntmachung des österreichischen Statthalters vom 15. October 1865 eingefetzte holsteinische Landesregierung in Kiel wird aufgelöst. Baron von Scheel-Plessen übernimmt zugleich als Oberpräsident beider Herzogthümer die Leitung sämtlicher Geschäfte der Civilverwaltung unter Autorität der höchsten Militärgewalt und wird seinen Wohnsitz in Kiel haben. Der König beabsichtige, heißt es in der Proclamation weiter, dem Prinzip der Zusammengehörigkeit entsprechend, eine Gesamtvertretung der Herzogthümer Schleswig-Holstein ins Leben zu rufen. Um solche auf legalem Wege anzubahnen, sollen die Stände jedes der beiden Herzogthümer einberufen werden, wozu die nötigen Einleitungen bereits getroffen sind.

Weiter wird aus Hamburg vom 11. Juni Mittags gemeldet: So eben werden das Militär-Hospital und die transportablen Kranken der Österreicher nach Harburg übergeführt. Heute Nachmittag werden auch die österreichischen Truppen abziehen. Der Erbprinz von Augustenburg ist abgereist. Getroffener Anordnung gemäß wird sich die Brigade Kalik heute Nacht in den Stunden von 11 $\frac{1}{2}$ Uhr bis morgen früh nach Harburg einschiffen.

Nach Nachrichten aus Altona von heute Morgen sind sämtliche Österreicher abgerückt, auch Herr v. Gablenz reist ab. Gestern Abend war in Altona bedeutender Unfug, der durch einige zurückgerufene österreichische Compagnien unterdrückt werden mußte, worauf Polizei und Bürger die wiederhergestellte Ruhe aufrecht hielt.

Nach dem Abzug der Österreicher sind Preußen in Altona eingerückt. — Man erwartet nun die Überfahrung des österreichischen Gesandten in Berlin.

Mit diesen Vorgängen in Verbindung steht das, was in der letzten außerordentlichen Sitzung der Bundesversammlung vorging. Österreich zeigte nämlich an, daß preußische Truppen in Holstein eingerückt seien trotz dem Proteste des Statthalters, und daß General v. Manteuffel die Regierungsgewalt an sich genommen. Dies sei ein Bruch des Wiener Vertrages und des Gasteiner Provisoriums, welches Österreich bis zur Entscheidung des Bundes fortzuhören zu lassen bereit war. Der Kaiser ist den Bundesgesetzen treu geblieben, welche verbieten, einen Streit zwischen Bundesgenossen gewaltsam auszutragen. Preußen habe aber einen Act der Selbsthilfe unternommen, welchem mit allen Mitteln Einhalt zu thun sei. Die Bundesversammlung sei durch Artikel 19 der Wiener Schlusfacte berufen und verpflichtet; der Bund müsse sich daher in die Lage setzen, für den Bundesfrieden und die ferne Sicherheit Deutschlands zu sorgen. Österreich beantragte deshalb die schleunige Mobilisierung des ganzen Bundesheeres binnen vierzehn Tagen, mit Ausnahme der zur preußischen Armee gehörigen Corps (4., 5. und 6.). Die Abstimmung wird am nächsten Donnerstag stattfinden; man vermutet aber, daß die Abstimmung nicht zu Gunsten dieses österreichischen Antrags ausfallen werde.

Auch in Italien naht die Entscheidung. Man wußte längst, daß der Krieg beginnen werde, sobald Garibaldi Caprera verlasse. Dies ist geschehen. Am 11. Juni ist er in Genua eingetroffen.

Wie die franz. Zeitung Siècle vor kurzem eine Unterredung eines ihrer Correspondenten mit Herrn von Bœuf mittheilte, läßt sie jetzt eine solche mit dem Grafen von Bismarck folgen. Da die Erzählung den Eindruck der Wahrheit macht, so möge hier der wesentliche Inhalt derselben eine Stelle finden. Die Persönlichkeit des preußischen Ministers macht auf den Berichterstatter einen gewinnenden Eindruck; er entdeckt nicht ohne Überraschung in den Bügeln derselben neben dem Ausdrucke der Hartnäckigkeit auch den des Wohlwollens. Die Unterhaltung beginnt von Seiten des Fremden mit einer Auseinandersetzung der Widersprüche, die er, wie so viele Andere, in den vom Grafen Bismarck angewandten Mitteln und angestrebten Zielen erblickt. Der Minister läßt sich diese unbefangene Darlegung mit guter Miene gefallen. „Ich weiß wohl,“ sagt er, „ich erfreue mich in Frankreich derselben Unpopulärität, wie in Deutschland. Überall macht man mich verantwortlich für eine Situation, die ich nicht geschaffen, sondern die mir wie allen Anderen aufgedrägt worden. Ich bin für die öffentliche Meinung der Sündenbod, aber ich quäle mich wenig darum. Ich verfolge mit ganz ruhigem Gewissen ein Ziel, das ich für nützlich halte sowohl für Preußen wie für Deutschland. Was die Mittel betrifft, so habe ich diejenigen angewandt, die sich mir boten, in Ermangelung besserer. Über die innere Lage Preußens wäre viel zu sagen. Um sie unparteiisch zu beurtheilen, muß man den besondern Charakter der Bewohner dieses Landes gründlich